

Staatskanzlei
Information

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
Telefax 032 627 21 26
kanzlei@sk.so.ch
www.so.ch

Medienmitteilung**Unterschiedliche Positionen bei der Totalrevision des Jagdgesetzes**

Solothurn, 1. März 2016 – Bei der Vernehmlassung zum neuen Solothurner Jagdgesetz stehen sich verschiedene Interessen teils völlig entgegen. Die Totalrevision findet in den Grundzügen jedoch trotzdem eine überwiegende Zustimmung.

38 Organisationen und Einzelpersonen haben beim Kanton eine Stellungnahme zur Totalrevision des Jagdgesetzes abgegeben. Erwartungsgemäss steht das Jagdgesetz dabei im Spannungsfeld von verschiedenen Akteuren. Bei den Wildschäden zum Beispiel gehen die Interessen der Vertreter der Jagdvereine und jene der Land- und Forstwirtschaft stark auseinander. Bei den Grossraubtieren stehen sich die Interessen des Naturschutzes und die Interessen am Ertrag in den Jagdrevieren gegenüber.

Generell wird erwartet, dass mit dem revidierten Jagdgesetz keine neuen Aufgaben geschaffen werden und der finanzielle Aufwand für den Kanton nicht zunimmt.

Warten auf Bundesgerichtsentscheid

Dank der Vernehmlassung können nun die vorgebrachten Anliegen und Vorschläge zu den einzelnen Bestimmungen geprüft werden. Die konkrete Arbeit am Jagdgesetz kann jedoch noch nicht in Angriff genommen werden. Es ist nach wie vor eine Beschwerde vor Bundesgericht hängig, über welche zuerst entschieden werden muss. Dabei geht es um die Frage, ob es nach Bundesrecht richtig ist, dass sich die Jagdgesellschaften bei Schwarzwildschäden an den Kosten beteiligen müssen. Sobald das Bundesgerichtsurteil vorliegt, kann am Jagdgesetz weitergearbeitet werden.

Damit aber die zwingenden Vorgaben aus der Jagdgesetzgebung des Bundes rechtzeitig auf den 1. Januar 2017 umgesetzt werden können, müssen das bestehende Jagdgesetz und die bestehende Jagdverordnung parallel als Übergangslösung geändert werden. Betroffen sind die Bereiche Treffsicherheit, Jagdwaffen, Jagdhunde und Schonzeiten.